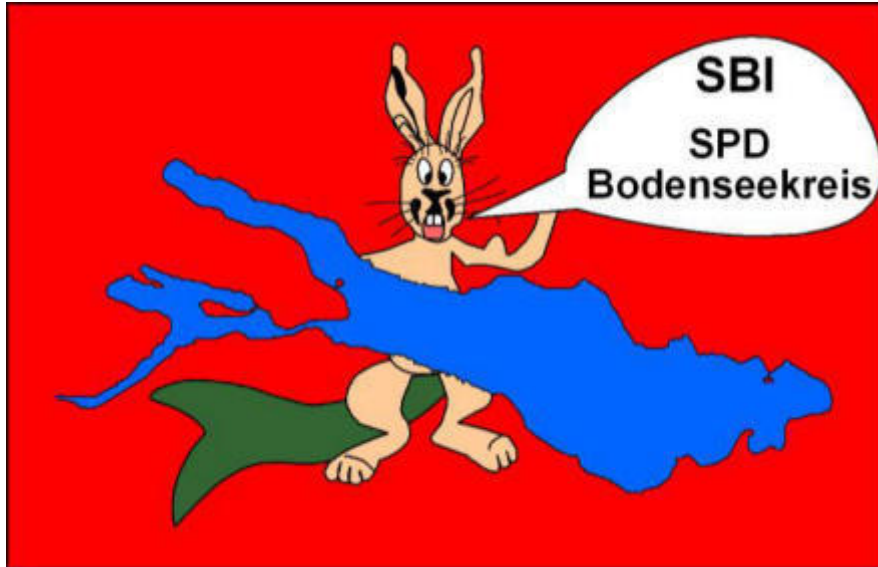


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Bundes- und Landespartei haben sehr schnell auf die desaströse Niederlage vom 27. September reagiert.

In der Bundespartei kam es zu personellen Konsequenzen, die zumindest bei der Basis als „Schaffung vollendeter Tatsachen“ verstanden werden könnte.

Anders die Partei im Land:

„Wir waren uns einig darin, dass die Erneuerung unserer Inhalte, unseres Personals und unserer politischen Kultur notwendig ist, um unsere Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen. Dieser Prozess muss vor dem Landesparteitag beginnen, ist aber damit nicht abgeschlossen.

Bitte bringe Dich mit in die Diskussion ein und helfe bei der Umsetzung des vereinbarten Weges mit.“

So lautet der Schluss eines Briefes von Peter Friedrich, dem kommissarischen Generalsekretär der SPD BW an die Parteigremien.

Der Inhalt des Briefes wird (soll) in allen Ortsvereinen bekannt gegeben und umgesetzt werden.

Offene Gesprächsgruppen als Ergänzung der regulären Gremienarbeit sollen helfen, dezentral und breit gefächert die Mitgliedschaft und unser Umfeld mit der Frage beschäftigen wie wir als SPD weiter machen wollen.

Die nächsten 4 Jahre (mindestens) werden wir in der Opposition verbringen müssen. Das ist nicht nur „Mist“, es gibt uns auch Zeit zur Erneuerung. Die muss allerdings auch sinnvoll genutzt werden. Negative Erfahrung zum Umgang gerade mit der verfügbaren Zeit haben wir nunmehr genug gesammelt.

Packen wir die neuen Aufgaben gemeinsam an. Nicht die Frage sollte uns bewegen ob eine Partei Flügel haben darf. Ob sie imstande sind, zu einem sicheren Flug zu verhelfen – das ist wichtig.

**es grüßt Sie
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- Frank-Walter Steinmeier ist Oppositionsführer – Sigmar Gabriel für Vorsitz nominiert S. 2-3
- Drei Bewerbungen für den Landesvorsitz: Claus Schmiedel, Nils Schmid, Hilde Mattheis S. 3-5
- Mindestlöhne, Schwarz-Gelb nehmen eigene Anhänger nicht ernst – AfA: Ein „weiter so“ kann es nicht geben – Wir müssen wieder mehr Sozialdemokratie wagen – Koalitionsverhandlungen im Schafspelz – EU: Verbraucherschutz nicht gefährden – Internet nicht nur amerikanisch S. 5-8
- Internetauftritt neu gestaltet - Ergebnis Flügel überschreitendes Treffen am 03.30. S. 8
- KV Bodensee – MdL Norbert Zeller: Maßnahmen nicht auf Eis legen – Oberschwäbische Gewässer werden schlechter – Nichts gemein mit den Chaoten – Änderung des Feuerwehrgesetzes – Nach dem Wahldebakel – Der Behörde Dampf machen – Termine - S. 8-12
- SBI: Friedrich und Gerster wiedergewählt - SP Schweiz – Kanton SG: Große Straßenbau-Projekte vors Volk – Sommerlicher KlangWeg, beeindruckende Regierung – SP zur Oberstufenreform – Exkursion Biogasanlage Widnau – Abstimmungsergebnisse 27.09. – Steigende Krankenkassenprämien – Budget 2010 - Kanton Thurgau: Zur Flatrate-Abstimmung - S. 13-16
- SPÖ Vorarlberg: SPÖ stellt neue Abgeordnete vor – kompetente Verstärkung in punkto Integration - Gabi Sprickler-Falschlunger stellt sich vor - Wirtschaftskrise trifft Frauen doppelt! S. 16-18
- Verabschiedung der SPÖ-Abgeordneten aus dem Vorarlberger Landtag S. 18
- Kreis BC- Martin Gerster: „Blanke Existenznot treibt die Milchbauern um“ – Stunde der Lobbyisten - BayernSPD: Nach der Bundestagswahl – Termin Sozialistenhut 2009 - S. 18-20
- DL 21: Mit Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer gegen Rekordverschuldung in B-W S. 20
- Links – Einladung: Diagnosebezogene Fallgruppen – Einladung: Gläserne ArbeitnehmerInnen – ausgeforscht und ausgebeutet? – Impressum S. 21-24

Frank-Walter Steinmeier ist Oppositionsführer



© Johannes Eisele / Thomas Köhler

Frank-Walter Steinmeier steht an der Spitze der SPD-Bundestagsfraktion. Als Oppositionsführer werde er sich mit anderen Parteien keinen Wettbewerb um "populistische Parolen" liefern, sagte Steinmeier nach seiner Wahl. Denn die Fraktion müsse darauf vorbereitet sein, jederzeit wieder die Regierung zu übernehmen.

Mit 88,7 Prozent wählten die Abgeordneten der SPD-Fraktion am Dienstag Frank-Walter Steinmeier zu ihrem neuen Vorsitzenden. Er tritt damit die Nachfolge von Peter Struck an, der nicht wieder für den Bundestag kandidiert hatte.

"Das Ergebnis enthält ein hohes Maß an Vertrauen, wofür ich mich bedanke", sagte Steinmeier nach der Wahl und kündigte eine kämpferische Oppositionsarbeit an: "Das kann nicht Wettbewerb mit den populistischen Parolen andere sein", betonte der Fraktionsvorsitzende. Die SPD müsse jederzeit in der Lage sein, wieder die Regierung zu übernehmen. "Dafür will ich antreten."

In seinem Amt bestätigt wurde Thomas Oppermann. Er bleibt Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.
29.09.2009 SPD.de

Sigmar Gabriel für Parteivorsitz nominiert



© BMU / Frank Ossenbrink

Der SPD-Parteivorstand hat Sigmar Gabriel für das Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nominiert. Zur Wahl stellen

werden sich Gabriel und die Kandidatinnen und Kandidaten für die engere Parteiführung auf dem SPD-Bundesparteitag Mitte November in Dresden.

Mit 77,7 Prozent Zustimmung ist der amtierende Umweltminister am Montag in Berlin vom SPD-Parteivorstand für den Parteivorsitz nominiert worden. Gabriel kündigte an, mit Andrea Nahles, die für das Amt der SPD-Generalsekretärin vorgeschlagen wurde, jetzt vor Ort in den Parteigliederungen um Vertrauen zu werben. "Ich bin Kandidat", unterstrich Gabriel die Souveränität des Bundesparteitags.

Das heutige Votum im Parteivorstand bezeichnete Gabriel als "Vertrauensvorschuss". Er werde hart arbeiten, um dem gerecht zu werden. Für den Parteitag erwartet der designierte SPD-Vorsitzende den Ausgangspunkt für eine Bilanzierung von elf Regierungsjahren mit SPD-Beteiligung sowie zukunftsorientierte inhaltliche Positionierungen. Die SPD will Gabriel weiter zur Gesellschaft öffnen, auch um verloren gegangenes Vertrauen in der Bevölkerung zurück zu gewinnen.

Als Stellvertreterinnen und -vertreter Gabriels schlägt der Parteivorstand Hannelore Kraft, Olaf Scholz, Manuela Schwesig und Klaus Wowereit vor. Martin Schulz soll sich zudem als Beauftragter um die europäische Politik kümmern. Schatzmeisterin soll Barbara Hendricks bleiben.

05.10.2009

SPD.de

Drei Bewerbungen für den Landesvorsitz:

Nach Claus Schmiedel und Nils Schmid hat nun auch Hilde Mattheis ihre Bewerbung abgegeben.

Der Rote Seehas stellt die Bewerbungen in der zeitlichen Abfolge der Bewerbungen vor:

**Claus Schmiedel MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion**

8. Oktober 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bundestagswahl war eine schlimme politische Niederlage für die deutsche Sozialdemokratie. Auch in Baden-Württemberg haben wir Sozialdemokraten große Verluste hinnehmen müssen. Ute Vogt hat am Mittwoch nach der Wahl erklärt, dass sie auf dem Landesparteitag Ende November nicht mehr als Landesvorsitzende zur Verfügung steht. Ihr gebühren unser Respekt und unsere Anerkennung für zehn Jahre Führungsverantwortung und Arbeit an vorderster Front für die SPD in Baden-Württemberg.

Mit der Erklärung von Ute Vogt steht eine Neuaufstellung der SPD an, und an dieser Neuaufstellung möchte ich gemeinsam mit Dir und mit vielen weiteren Genossinnen und Genossen arbeiten. Für die Aufgabe des Landesvorsitzenden bewerbe ich mich bei Dir und bei allen knapp 40.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Baden-Württemberg. Ich freue mich, wenn noch weitere Bewerbungen eingereicht werden. Das höchste Amt, das die Partei zu vergeben hat, hätte dies verdient.

Wer nun nach dieser Bundestagswahl die SPD Baden-Württemberg und den neuen Landesvorstand führen möchte, braucht aus meiner Sicht die Legitimation und die Rückendeckung der gesamten Partei. Es ist deshalb ganz besonders wichtig, dass alle Mitglieder unserer Partei über die neue Spitze entscheiden können. Ich spreche mich deshalb nachdrücklich für eine Mitgliederbefragung zur Frage des oder der Landesvorsitzenden aus.



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die größte demokratische Tradition aller deutschen Parteien. Mit meiner Bewerbung für den Landesvorsitz verbinde ich ausdrücklich die Offenheit für einen demokratischen Wettbewerb mit weiteren Kandidatinnen und Kandidaten. Mit einer solchen innerparteilichen Willensbildung werden wir unserer sozialdemokratischen Tradition gerecht.

Herzlich euer

Claus Schmiedel

Dr. Nils Schmid

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

9. Oktober 2009



Bewerbung zum Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bundestagswahl war eine schlimme Niederlage für die SPD. Ein Neuanfang ist nötig – auch im Land. Der Neubeginn in der SPD Baden-Württemberg darf sich allerdings nicht auf die Person des Parteichefs beschränken; wir müssen gemeinsam das inhaltliche Profil schärfen und neue Wege in der Parteiarbeit gehen. Dafür trete ich an.

Neue Regierung, neue Herausforderungen – Angesichts der Pläne der neuen Bundesregierung können wir uns keine Nabelschau leisten. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Kosten der Krise auf die Sozialkassen abgewälzt und die Beschäftigten über höhere Beiträge oder Eigenbeteiligungen zur Kasse gebeten werden. Die Handlungsfähigkeit des Staates steht und fällt mit angemessenen Steuereinnahmen. Deshalb setze ich mich schon seit längerem für eine höhere Vermögensbesteuerung ein. Unsere Gesellschaft droht kälter zu werden; wir werden für Solidarität und Sozialstaat kämpfen.

Die Renaissance der Atomkraft durch Schwarz-Gelb steht bevor. Vom ersten Tag an müssen wir dagegen halten – für erneuerbare Energien und dezentrale Versorgung, möglichst in kommunaler Hand. Ich möchte mit Euch für die Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung, die daraus im Lande entstehen, werben.

Bildung, Bildung und nochmals Bildung – Aus meiner über 12jährigen Arbeit im Landtag weiß ich, dass Gerechtigkeit in der Bildung unser zentrales landespolitisches Anliegen sein muss. Wie wichtig gleiche Bildungschancen unabhängig von der Herkunft und dem sozialen Hintergrund sind, zeigen die Erfahrungen in meiner eigenen Familie. Gesellschaftlicher Aufstieg durch Bildung muss unser Anspruch sein und bleiben.

Eine offene Diskussionskultur – Bei der jetzt notwendigen Debatte über Inhalte und Ziele unserer Partei wird es mit mir als Landesvorsitzendem keine Denkverbote geben. Ich kann mit Meinungsvielfalt umgehen. Dies schließt nicht aus, dass ich eine gerade Furche ziehe, wenn es darauf ankommt. Da ich zwischen Person und Sache trennen kann, freue ich mich auf lebendige Diskussionen, um mit Euch gemeinsam eigenständige Positionen der Landespartei zu erarbeiten. Dies wird mein Beitrag für eine neue politische Kultur in der SPD sein.

Mit uns zieht die neue Zeit - Die SPD muss wieder zur Partei des gesellschaftlichen Aufbruchs werden. Deshalb dürfen wir das Thema Bürgerbeteiligung nicht weiter vernachlässigen. Fangen wir in der eigenen Partei an, indem wir unsere Mitglieder bei Personal- und Sachfragen besser beteiligen. Die Mitgliederbefragung für den Landesvorsitz kann daher nur ein erster Schritt sein. Auf alle Fälle freue ich mich schon jetzt auf einen freundschaftlichen Wettstreit mit Claus Schmiedel!

Wir müssen die Breite der Gesellschaft in unserer Partei und unsere Partei in der Breite der Gesellschaft verankern. Ich will, dass die SPD der politische Partner für Frauen und Männer – auch für jene mit Migrationshintergrund - ist, die in Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden, im Vereinsleben und in der Kommunalpolitik aktiv sind. Dies sollte sich auch im Landesvorstand stärker widerspiegeln als bisher.

Schließlich sollten wir intensiv über neue Beteiligungsmöglichkeiten auch für Nichtparteimitglieder diskutieren.

Im Land eigene Stärke entwickeln - Seit zehn Jahren Ortsvereinsvorsitzender, habe ich wie Ihr Höhen (OB-Wahl) und Tiefen (letzte Kommunalwahl) erlebt. Wenn die SPD in Baden-Württemberg politischen Erfolg haben will, muss sie ihre Kräfte auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene bündeln und offensiv die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Land aufgreifen.

Dies geht nicht von heute auf morgen; wir brauchen dazu einen langen Atem und klare politische Linien. Dafür stehe ich.

Herzlich
Euer



HILDE MATTHEIS MdB
Stellv. Landesvorsitzende



15. Oktober 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach diesem Ausgang der Bundestagswahl brauchen wir eine offene und breite Diskussion über einen Erneuerungsprozess auch in unserem Landesverband. Ein „weiter so“ darf es nicht geben. Wir brauchen eine inhaltliche Erneuerung, die glaubwürdig von Personen vertreten wird. Wir müssen mehr Sozialdemokratie wagen und in der Partei mehr Demokratie wagen.

Mit einer Mitgliederbefragung zur Wahl der oder des Landesvorsitzenden ist ein erster wichtiger Schritt zu mehr Demokratie in der Partei getan. Denn Personalentscheidungen müssen durch die Mitglieder getragen sein.

Ich möchte euch hiermit ankündigen, dass ich mich um den Landesvorsitz bewerben werde. Diese Kandidatur ist für mich konsequent, da ich in den letzten Jahren für die inhaltliche Erneuerung unserer Partei eingetreten bin. Ich würde mich sehr über eure Unterstützung freuen. In der morgigen Sitzung des Präsidiums und Landesvorstandes werde ich meine Bewerbung vorbringen.

Der amtierende Landesvorstand wird das Verfahren festlegen. Über die vier Regionalkonferenzen hinaus komme ich auch gerne in eure Ortsvereine und Kreisverbände. Mir ist wichtig, dass sich jedes Mitglied seine Meinung über meine Motivation für die Kandidatur bilden und sich davon überzeugen kann, für welche Inhalte ich stehe. Und ich hoffe sehr, dass wir alle durch eine offene und faire Mitgliederbefra-

gung einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Erneuerung leisten und uns nicht in alter Gewohnheit in Netzwerken verfangen.

Meine Positionen habe ich auf der Grundlage des Hamburger Programms vertreten und werde dies zuverlässig auch in Zukunft tun: Für Bildungschancen für alle, für Existenz sichernde Beschäftigung, für die Wiedereinführung der Vermögens- und eine Reform der Erbschaftssteuer, für den Ausbau der Solidarität und der Umlage in unseren Sozialversicherungssystemen, gegen Altersarmut z.B. durch eine Korrektur bei der Rente 67 und gegen den Privatisierungswahn. Ich werbe um eure aktive Unterstützung bei der konkreten Ausgestaltung der inhaltlichen Erneuerung.

Grundlage der inhaltlichen Erneuerung kann nur eine offene und transparente Bilanz unserer bisherigen Politik sein und die Bereitschaft, an der einen oder anderen Stelle Korrekturen vorzunehmen. Natürlich war die bisherige Politik nicht gänzlich falsch, aber im Abgleich mit dem Hamburger Programm müssen wir feststellen, wo wir unsere eigenen Ansprüche an Gerechtigkeit und Solidarität nicht erfüllt haben und für welche Bevölkerungsgruppen wir die Verteilungsfragen unbefriedigend beantwortet haben.

Der Prozess der inhaltlichen Erneuerung muss integrativ gestaltet werden. Mit der Reihe „Im Dialog“, mit den flügelübergreifenden Treffen in den letzten Monaten und auch mit der Erarbeitung der „Charta für sozialen Zusammenhalt und Daseinsvorsorge“ habe ich diesen integrativen Ansatz bereits verfolgt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere stolze Volkspartei verdient es, um sie zu kämpfen. Es wird kein einfacher Weg sein. Aber die Notwendigkeit der inhaltlichen, strategischen und personellen Erneuerung ist meines Erachtens ohne Alternative. Wir dürfen unseren Anspruch, Mitgliederpartei und linke Volkspartei zu sein, nicht aufgeben.

Mit solidarischen Grüßen
eure

Hilde Mattheis

Hilde Mattheis (MdB):

**Zustimmung zu Mindestlöhnen
steigt auf Rekordwert –
Schwarz-Gelb nehmen ihre
Anhänger nicht ernst**

85 Prozent der Deutschen sind laut einer von Infratest dimap im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) durchgeführten Studie für Mindestlöhne. „Damit unterstützt ein Großteil der Deutschen unsere Position: Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können.“, so die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis MdB. „Es kann nicht angehen, dass der Staat Dumpinglöhne subventionieren muss.“ Deshalb wird die SPD einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen. Die Tarifparteien sind dazu aufgefordert, über 7,50 Euro abzustimmen.

Bei der repräsentativen Umfrage sprachen sich auch 79 Prozent der Unions-Anhänger und 74 Prozent der FDP-Anhänger für Mindestlöhne aus. „Man fragt sich, wie ernst Union und FDP ihre Anhänger wirklich nehmen, wo doch Schwarz-Gelb gesetzliche, flächendeckende Mindestlöhne strikt ablehnen“, so Mattheis.

Durch Mindestlöhne werden Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen vor existenzgefährdendem Lohndumping geschützt. Darüber hinaus heben Mindestlöhne das künftige Rentenniveau und leisten so einen wichtigen Beitrag gegen Altersarmut.

25. September 2009 Büro Hilde Mattheis, MdB

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Baden-Württemberg



SPD:
AfA-Chef Udo Lutz fordert inhaltliche und personelle Konsequenzen

„Ein Weiter so kann es
nicht geben“

(Stuttgart 28.09.2009) Eine inhaltliche Debatte und eine klare Ausrichtung der SPD auf eine sozialdemokratische Politik hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Baden-Württemberg (AfA), Udo Lutz, gefordert. Es sei wichtig die Partei jetzt möglichst schnell und glaubwürdig auf einen Kurs einer arbeitnehmerfreundlichen Politik zu bringen, erklärte er dazu heute in Stuttgart. „Die SPD muss sich endlich wieder auf ihre Kernklientel besinnen und echte Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Nur so werden wir wieder regierungsfähig.“ Die Politik der letzten Jahre habe viele SPD-Wähler in die Wahlenthaltung getrieben, da sie sich mit dem Kurs der Partei nicht mehr identifizieren konnten, so Lutz. Mit dieser Positionierung erteilte er einem „Weiter so“ der

Netzwerkpolitik der vergangenen Jahre eine klare Absage.

Gleichzeitig stellte Lutz auch die Frage nach der politischen Verantwortung. Lutz: „Es kann doch nicht sein, dass nur eine Stunde nach der bittersten Wahlniederlage der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik, der Wahlverlierer und Agenda 2010-Konstrukteur als neuer Fraktionsvorsitzender installiert wird. Bevor die Posten neu verteilt werden, brauchen wir dringend eine inhaltliche Aufarbeitung des Wahldebakels für die Sozialdemokraten.“ Auch die Spitze der Landes SPD dürfe einer glaubwürdigen Neuausrichtung nicht im Wege stehen, forderte Lutz. „Die Truppen der Netzwerker und der Agenda 2010-Jünger können ein Umsteuern der Partei nicht glaubwürdig verkörpern. Im Zuge der inhaltlichen Neujustierung werden wir uns deshalb auch über das Personal unterhalten müssen.“

Lutz forderte vor allem mit Blick auf die Rente mit 67, die Leistungshöhe des Arbeitslosengeldes II sowie der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I eine dringende Kurskorrektur seiner Partei. „Wir müssen den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen und uns wieder als glaubhaften Anwalt der Bürgerinnen und Bürger etablieren“, mahnte Lutz. Das sei nur mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und dem Ausbau der Mitbestimmung möglich.

Lutz setzt sich für eine Zukunftsdebatte ein. Die Podien sieht er dafür auf dem Landes- und dem Bundesparteitag der SPD im November 2009. „Im Vorfeld müssen wir aber einen kritischen Diskurs führen, in den auch die Ortvereine und Arbeitsgemeinschaften einbezogen werden“, so Lutz.

Gez. Kai Bliesener
Pressesprecher der AfA Baden-Württemberg

Nach dem 27. September 2009:

Wir müssen wieder mehr Sozialdemokratie wagen!

Die Sozialdemokratie hat am 27. September 2009 mit 22,7 % (Stand 18.30 Uhr) das schlechteste Ergebnis seit 1949 erzielt, also noch schlechter abgeschnitten als 1953, damals hatten 28,8 % der Wahlberechtigten für die SPD votiert. In Baden - Württemberg liegt das Ergebnis mit 20 % (Stand 18.30 Uhr) sogar noch weit darunter und damit auf Rekordtief.

Es gibt offensichtlich eine Mehrheit für Schwarz - Gelb. Die Mehrheit der Bevölkerung will jedoch, dass es in unserem Land gerecht zugeht und Zukunftsfragen wie z.B. Bildungs - und Energiefragen nachhaltig gelöst werden. Dies sind auch unsere Wahlkampfparolen.

Was bedeutet das für die SPD? Weiter so?

Die Antworten der SPD auf zentrale Fragen der Gerechtigkeit haben in den letzten Jahren nicht überzeugt. Damit wurden richtige Wahlkampforderungen zur Schaufensterpolitik und waren unglaubwürdig. Niemand vergisst Hartz IV durch die richtige Forderung nach einem Mindestlohn.

Das haben bisher sichere Anhänger einfach nicht mehr mitgemacht. Sie haben sich nicht mehr durch alt bekannte Parolen in Bewegung setzen lassen. Auch wenn in diesem Wahlkampf sozialdemokratisches Vokabular benutzt wurde, war dies für unsere Wählerinnen und Wähler nicht mehr glaubwürdig. Die wichtigste Voraussetzung zur Wiedererlangung der Glaubwürdigkeit aber ist die Bereitschaft der Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlern und die Bereitschaft der Korrektur dieser Fehler. Das wurde versäumt, die Agenda - Politik wurde nie aufgearbeitet.

The Day after: Chaos? Nein! Die Erneuerung!

Wir brauchen einen heftigen Widerstand gegen ein „Weiter so“. Wir müssen jetzt genau analysieren, nach diesem Ergebnis gibt es kein „Weiter so“! Jetzt dürfen nicht einige wenige bestimmen wie es weiter geht. Wir akzeptieren jetzt keinen Schulterchluss derer, die eine innerparteiliche Diskussion noch mal vertagen wollen und die damit so tun als könnte die SPD so weiter überleben. Wir lassen es nicht zu, dass jetzt schon wieder Entscheidungen vorweg genommen werden.

- **Wir brauchen eine inhaltliche und personelle Erneuerung.**
- **Wir müssen in der Partei wieder mehr Demokratie wagen.**
- **Wir müssen wieder mehr Sozialdemokratie wagen.**

Hilde Mattheis, MdB

Koalitionsverhandlungen im Schafspelz

AG Arbeit und Soziales

Zu den Koalitionsgesprächen zwischen CDU/CSU und FDP erklärt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles:

Koalitionsverhandlungen im Schafspelz: CDU/CSU und FDP lassen vor der NRW-Wahl die Katze nicht aus dem Sack.

Es ist gut und richtig, das Schonvermögen für Bezieher von ALG II zu erhöhen und die Hinzuverdienstmöglichkeiten zu verbessern. Nur: Das hätte die Union mit der SPD schon vor Jahren haben können.

Für die SPD ist und war es wichtig, dass auch Bezieher von niedrigem Einkommen mehr von ihrem Verdienst behalten dürfen und die Altersvorsorge gestärkt wird. Zu Beginn der zu Ende gehenden Legislatur sah die CDU/CSU dies noch anders. Für Menschen, die nur wenig verdienen, wollte sie die Hinzuverdienstmöglichkeiten ursprünglich gänzlich zusammenstreichen. Altersvorsorge sollte nur geschützt werden, wenn im besten Bürokratenstil nur ganz bestimmte Anlageformen gewählt werden. Aber auch jetzt ist es für Jubel zu früh. Konkretes liegt noch nicht auf dem Tisch.

Wirkliche Hilfen verweigern CDU/CSU und FDP nach wie vor oder wollen sie ihnen gar wegnehmen. Nur Mindestlöhne schützen vor Hungerlöhnen und Bedürftigkeit. Auch nützen die Debatten um Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik den Menschen, die keinen Job haben, überhaupt nicht.

Spannend wird es, ob die Koalitionsverhandler wirklich von den Arbeitnehmerrechten die Finger lassen. Ob den Beteuerungen der Kanzlerin zu trauen ist. Die bisher bekannten Fakten machen wenig Hoffnung. Hier wird nur bemäntelt, was eigentlich geplant ist: Kündigungsschutz hochhalten und durch mehr befristete Arbeitsverträge wieder aushebeln. Pkw-Maut oder höhere Gesundheitsbeiträge für Arbeitnehmer, das ist Umverteilung von unten nach oben im Zeichen des Schafspelzes.

15.10.09 Andrea Nahles in /www.spd-fraktion.de

Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Verbraucherschutz nicht gefährden

Mit einer neuen Richtlinie über die Rechte der Verbraucher darf der Verbraucherschutz nicht gefährdet werden. Diese Auffassung vertrat die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt bei der Anhörung von Experten aus Verbraucherschutzverbänden, Industrie und Forschung.

Am Ende des europäischen Gesetzgebungsverfahrens müsse eine Stärkung der Verbraucherrechte stehen, sagte die Verbraucherschutz-Sprecherin der sozialdemokratischen EP-Fraktion.

„Die Absicht der Europäischen Kommission, das Verbraucherrecht zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten ist grundsätzlich zu begrüßen. In einigen Punkten ist auch die angestrebte europaweite Verein-

heitlichung sicherlich sinnvoll, “ sagte die SPD-Abgeordnete. Wo es um essentielle Verbraucherrechte gehe, sollten die Mitgliedsstaaten aber weiterhin über das europäische Recht hinausgehen dürfen, forderte Evelyne Gebhardt.

Die Europäische Kommission schlägt in vielen Bereichen, in denen heute Mindeststandards gelten, eine Obergrenze vor. Dabei geht es zum Beispiel um wichtige Verbraucherrechte wie Garantiezeiten, Rücktrittsrechte bei defekten Waren sowie den Widerruf von Bestellungen im Katalog oder im Internet. „Dies sind Themen, die die Menschen unmittelbar betreffen. Hier kann und muss Europa seinen Mehrwert zeigen und darf keine Einschränkung von Verbraucherrechten durch die Hintertür von Obergrenzen zulassen“, unterstrich Evelyne Gebhardt abschließend.

Europa Aktuell Nr.10/2009

Internet nicht nur amerikanisch

Die Vereinbarung über die weltweit zuständige Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und Internet-Adressen ICANN ist ausgelaufen. Für die Zukunft fordert der SPD-Europa-Abgeordnete Matthias Groote, dass das Internet nicht mehr allein unter amerikanischer Kontrolle steht.

Groote: „Die Chance durch das Auslaufen der Projektvereinbarung muss genutzt werden, um endlich mehr Transparenz, Demokratie und Rechenschaftspflicht in die Vergabe von Internetdomains zu bringen. Es kann nicht angehen, dass ein Ministerium eines einzigen Landes die alleinige Aufsicht über eine Internetfunktion beansprucht, die von Hunderten von Millionen Menschen weltweit genutzt wird.“ Weiter sagte Groote: „Die zukünftige Regulierung der weltweiten Internet-Ressourcen ist nur im Rahmen einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit möglich. Daher unterstütze ich ausdrücklich die Forderungen der EU-Kommission, ICANN nach außen hin zu öffnen und ihre Arbeit unter die Aufsicht eines internationalen Expertengremiums zu stellen, das sich aus Regierungsvertretern aller Welt zusammensetzen sollte.“

Der SPD-Abgeordnete fordert daher eine Grundsatzdebatte über die Zukunft des Internets: „Es wird höchste Zeit, dass wir der Frage nachgehen, wem eigentlich das Internet gehört.“

Europa Aktuell Nr.10/2009

Neugestalteter EU-Internetauftritt

Wer mehr über die EU erfahren möchte, klickt das offizielle Portal „Europa.eu“ an. Jetzt ist diese Seite neu und benutzerfreundlicher gestaltet worden. Hier

finden sich sowohl Informationen über Institutionen und Rechtsvorschriften der EU, als auch praktische Tipps für den Umzug in ein anderes EU-Land oder die Beantragung von Finanzhilfen sowie Angaben darüber, wer von Maßnahmen der EU profitiert.

Europa Aktuell Nr.10/2009

Ergebnis des flügelübergreifenden Treffens am 3. Oktober

Wir, die am 3.10.2009 in Heschlach Versammelten, fordern zum aktiven „Mehr Demokratie wagen“ auf.

Das Wahlergebnis ist desaströs. Ein „weiter so“ darf es nicht geben. Wir brauchen eine Bilanz der Regierungsjahre, um Korrekturen vorzunehmen, denn die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinander gegangen und die Angst vor dem sozialen Abstieg hat die Mittelschicht erreicht. Wir brauchen wieder Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder, ein Diktieren von oben nach unten darf es nicht mehr geben. Wir brauchen eine andere strategische Ausrichtung in einem Fünf-Parteien-System. Wir fordern erst die inhaltliche Erneuerung und dann die personelle. Nur Personen, die glaubwürdig die Inhalte vertreten, können Menschen für die SPD gewinnen.

- Wir wollen in der Partei mehr Demokratie wagen.
- Wir wollen mehr Sozialdemokratie wagen.
- Wir brauchen eine inhaltliche und personelle Erneuerung.
- Wir brauchen Regionalkonferenzen.
- Wir wollen eine Mitgliederbefragung über den/die Landesvorsitzende/n und Parteivorsitzende/n.

Im Auftrag: Gerhard Gaiser Hilde Mattheis

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



MdL Norbert Zeller

Norbert Zeller zu Bodenseeuferrenaturierung:

„Maßnahmen nicht auf Eis legen“

In einer Kleinen Anfrage hatte der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, bei der Landesregierung nachgehakt, wie der Stand und die Planungen bei der Renaturierung der Uferverbauung am Bodensee angesichts der angespannten finanziellen Lage des Landes sich gestalten. Zeller befürchtet, dass wichtige Renaturierungsprojekte auf Eis gelegt werden könnten, was er als Vertreter der Bodenseeregion in Stuttgart, für einen großen Fehler hielte. In der jetzt vorliegenden Antwort der Umweltministerin, Tanja Gönner, an Zeller heißt es nun dazu, dass die Seeanliegergemeinden am baden-württembergischen Ufer bis Oktober die 2009 die vorgeschlagenen Maßnahmen erst noch prüfen und dann nach einer gemeinsamen Abstimmung eine Prioritätenliste erstellt wird.

Für Norbert Zeller ist damit klar, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen im Doppelhaushalt gesichert sein muss, weil sonst nichts geschieht. Er wird in den anstehenden Beratungen sehr genau darauf achten, dass hier ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Zeitnah umgesetzt werden sollen die Uferrenaturierung im Uferpark Bodman (2009/2010), dann in 2010 im Bereich des Zeltlager Seemoos in Friedrichshafen und in Friedrichshafen im Bereich der MTU. Im Jahr 2011 stehen Hagnau-West, die Renaturierung beim Strandbad Eriskirch und bei Kreßbrunn auf dem Programm.

Träger der Renaturierungsmaßnahmen ist in der Regel das Land. Die Umsetzung erfolgt über die Regierungspräsidien. Finanziert werden die Maßnahmen aus Landesmitteln. Teilweise kommen auch Mittel aus den EU-Fördermitteln und aus den Erträgen der Glückspirale oder aus Ausgleichsmitteln von Dritten zum Einsatz. Die konkrete Antwort, wie viele Mittel die Landesregierung im kommenden Doppelhaushalt 2010/11 für die Renaturierungsmaßnahmen am Bodensee einzustellen gedenkt, blieb laut Norbert Zeller Umweltministerin Gönner aber schuldig. „Da die Antwort leider nichts sagend ist, werde ich sehr genau bei den Haushaltsdiskussionen nachhaken“, so Zeller: „Angesichts der hohen Bedeutung des Bodensees als Trinkwasserspeicher für fast fünf Millionen Menschen darf dessen ökologische Wichtigkeit trotz knapper Kassen nicht „weggespart“ werden.

25.09.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Landwirtschaftsminister antwortet Zeller:

Oberschwäbische Gewässer werden schlechter

Dass tatsächlich die Wasserqualität einiger ober- schwäbischer Seen und Weiher wieder schlechter geworden ist, hat der Landwirtschaftsminister auf

eine Anfrage des Abgeordneten der Bodenseeregion Norbert Zeller bestätigt. In der Region Allgäu-Oberschwaben liegen über die Hälfte der rund 4.000 Stehgewässer Baden-Württembergs, im Landkreis Ravensburg davon fast 1.400. Durch übermäßige Einträge von Pflanzennährstoffen seit den 50er Jahren hatte sich die Qualität dieser Gewässer stark verschlechtert. Ein Aktionsprogramm zur Verbesserung war schon 1989 aufgelegt worden (Aktionsprogramm zur Sanierung oberschwäbischer Seen –SOS-), das erfolgreich zu einer Reduzierung der Phosphatausträge führte. In den letzten Jahren aber sorgten die Erzeugerpreise und vor allem die gestiegene Nachfrage nach landwirtschaftlich nutzbaren Flächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe zu deutlich höheren Pachtpreisen mit erhöhtem Nutzungsdruck und einer erneut angestiegenen Eutrophierung der Seen und Weiher in Oberschwaben, so Zeller in seiner Begründung für die Kleine Anfrage. Zudem habe die Überarbeitung der Landschaftspflegeleitlinien (LRP) zur Verringerung der Ausgleichsätze bis zur Halbierung geführt. „Im Seenprogramm haben aus Kostengründen daher viele Landwirte ihre nach fünf Jahren auslaufenden Extensivierungsverträge nicht mehr verlängert und es wurden weniger Neuverträge abgeschlossen mit einem Rückgang der Extensivierungsflächen um fast ein Drittel. Die Gewässer haben sich in ihrem Zustand entsprechend verschlechtert. Eine verbesserte Fortführung des Seenprogramms ist daher dringend geboten“ so Zeller in seiner Begründung zu der parlamentarischen Anfrage.

Wie Landwirtschaftsminister Hauk nun in seiner Antwort erklärt, ist tatsächlich seit drei Jahren der Umfang der Extensivierungsverträge wieder rückläufig. Die Ursachen dafür seien allerdings vielfältig. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz seit 2000 und der hohe Viehbesatz haben den Druck auf den Flächen erhöht, so Hauk: „Bisher extensivierte Flächen werden wieder in eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bewirtung zurückgeführt“. Grund sei, so räumt der Minister ein, die Änderung und teilweise Kürzung der Ausgleichszahlungen des Landes an die Landwirte aber auch die Düngeverordnung, die bei extensivierten Flächeneinen Mindestabstand zu Oberflächengewässern vorsieht, eben um diese zu schützen. Es könne von einer generellen Verschlechterung des Zustands der oberschwäbischen Seen in den letzten Jahren nicht gesprochen werden; „in einigen Fällen wurde allerdings wieder ein Anstieg der Phosphorgehalte festgestellt“, heißt es aber im Wortlaut von Hauk.

Norbert Zeller sieht hier schon einen Widerspruch zu den Ausführungen des Landrats aus dem Kreis Ravensburg, Kurt Widmaier, der in einem Brief an den SPD-Abgeordneten der Bodenseeregion seine Sorge um die Verschlechterung der Gewässer darlegte. Er hatte Zeller gebeten, bei der Landesregierung prüfen

zu lassen, ob bei einer Aktualisierung der Landschaftspflegerichtlinien zur Sicherung der Gewässer-sanierung die Ausgleichszahlungen an die Landwirte nicht wieder angehoben werden könnten und auch die Düngeverordnung so gestaltet wird, das sie wieder mehr zu Schutz der Weiher und Seen in Oberschwaben diene. Dazu erklärte Hauk in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage von Zeller, dass hier die Novellierung der Düngeverordnung unter der Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus dem Jahr 2006 feststehe und eine erneute Änderung nicht anstehe und nicht gewünscht sei. Ob überhaupt der Rückgang der Extensivierungsflächen mit der Verschlechterung der Wasserqualität zusammenhänge, müsse erst noch geprüft werden. Auch Wetterextreme und der Klimawandel seien als Einflussgrößen bei der Gewässereutrophierung in Betracht zu ziehen, erklärte der Landwirtschaftsminister.

29.09.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Norbert Zeller:

Bündnis hat nichts mit den Chaoten gemein

„Eindrucksvoll zeigten am Samstag viele Menschen aus Friedrichshafen und der Bodenseeregion, dass Nazis nicht geduldet sind“, sagte Norbert Zeller, der selbst an der Kundgebung und Gegendemonstration teilnahm, zu der Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Jugendrat aufgerufen hatten. Leider, so bedauert Zeller, ist in Teilen der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck entstanden, dass einige linke Aufwiegler ebenfalls eine legale Demonstration gegen die Nazis durchführten. Daher legt Zeller großen Wert auf die Feststellung, dass das Bündnis für Toleranz, das für Weltoffenheit und Demokratie steht, mit diesen Chaoten nichts zu tun hat. „Die Demo dieser linken Chaoten war illegal“, erklärt der Landtagsabgeordnete. Nachdem die Nazidemonstration durch das Verwaltungsgericht Sigmaringen genehmigt worden ist, war es Aufgabe der Polizei, diese Demonstration zu ermöglichen. „Anstatt die Nazis ins Leere laufen zu lassen, werteten die Chaoten durch ihr Verhalten die Nazis öffentlichkeitswirksam auf“ kritisiert der SPD-Abgeordnete.

Beeindruckend waren bei der Kundgebung des Bündnisses die Reden von Pfarrer Pohl, der für beide Kirchen treffende Worte fand, ebenso die Worte von Silvia Hiss, die für das Bündnis sprach, auch der Gesamtbetriebsratvorsitzende der ZF, Hans Kirchgässner, wies auf die Wichtigkeit einer toleranten Firmenkultur für das Weltunternehmen ZF hin. Der Vertreterin des Jugendrates gelang es mit ihrem Beispiel Partei zu nehmen für Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Herkunft. Diese Rednerinnen und Redner zeichneten sich sehr wohl durch verantwortungsbewusstes Verhalten aus und ermutigen, weiterhin für

Demokratie und Toleranz und gegen die menschenverachtende Nazi-Ideologie vorzugehen. Abschließend wünscht sich Zeller von allen in öffentlicher Verantwortung Tätigen, eine klare Abgrenzung gegenüber den Nazis und ebenso gegenüber den Chaoten. Besonders ermutigend findet der Abgeordnete das klare, wenn auch vom Verwaltungsgericht aufgehobene Demonstrationsverbot der Stadtverwaltung für die Nazis. Zeller dankt auch den Polizisten, die sicherlich den Nationalfeiertag anderweitig verbringen wollten.

05.10.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Zeller zu Änderung des Feuerwehrgesetzes

„Neuregelung ist eine stabile rechtliche Grundlage für erfolgreiche Arbeit der Feuerwehren im Bodenseekreis“

Die SPD-Landtagsfraktion hat den Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Feuerwehrgesetzes in der Ersten Beratung im Plenum diese Woche ausdrücklich begrüßt. Der SPD-Abgeordnete der Bodenseeregion Norbert Zeller sieht in der Neuregelung nun eine stabile rechtliche Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der Feuerwehren im Bodenseekreis. „Die Änderungen waren längst überfällig und geben den Entwicklungen der letzten Jahre ihren gesetzlichen Rahmen.“

Insbesondere begrüßt Zeller den Erhalt der Werksfeuerwehren in ihrer jetzigen Form, davon betroffen sind die Werksfeuerwehren ZF, mtu und eads. „Ein Verzicht auf die Werksangehörigkeit wäre mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Mitglieder der Werksfeuerwehren einhergegangen - mit verheerenden Folgen für die Qualifikation in diesem hoch spezialisierten Bereich“, erläutert Norbert Zeller. Problematisch wäre dies, weil von unseren örtlichen Betrieben aufgrund der dort verarbeiteten Materialien ein hohes Gefährdungspotential ausgeht. Sehr gut sei auch die neue Regelung zum Anspruch auf Ruhezeiten gegenüber dem Arbeitsgeber nach körperlich extrem belastenden Einsätzen. Dass die Regierung ursprünglich eine Freistellung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für Feuerwehreinätze nur nach einer Interessenabwägung zulassen wollte, betrachtet die SPD als völlig abwegig – aber schließlich schaffte es diese Regelung auch nicht ins Gesetz.

Allerdings wird auch Kritik deutlich. „Entgegen der Forderung des Landesfeuerwehrverbands wird die Versicherungssumme für Haftpflichtansprüche zwar erhöht, jedoch auf 15 Millionen Euro begrenzt.“, bemängelt Norbert Zeller. Hinzu komme, dass weiterhin für Führungskräfte in der Feuerwehr keine Mindestqualifikationen vorgegeben werden und auch das Konzept der Landesfeuerweherschule nicht in diesem Sinne als eine Akademie weiterentwickelt werde.

Rauchmelderpflicht gefordert

Eine andere wichtige Frage im Zusammenhang mit der Feuerwehr wurde diese Woche ebenfalls im Landtag debattiert: Die SPD-Landtagsfraktion fordert im Zuge einer Novellierung der Landesbauordnung die gesetzliche Pflicht zum Einbau von Rauchwarnmeldern. Diese - schon seit mehreren Jahren - erhobene Forderung soll endlich Gesetz werden: „Rauchwarnmelder führen nachweislich zu einer schnelleren Reaktion von Bewohnern bei Ausbruch eines Wohnungsbrands und dies können die entscheidenden Minuten sein bei der Frage, ob Leben gerettet werden kann oder nicht“.

09.10.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Nach dem Wahldebakel

Beispiel Überlingen

Es hat nicht sollen sein. Die Kehrtwende der Wahlen 2002 und 2005 im Vergleich zu den Umfragen ist nicht eingetreten. Wir haben bundesweit und auch in Überlingen gegenüber 2005 in etwa ein Drittel unserer Wähler verloren. Es gibt viele Ursachen dieser herben Niederlage:

- In mehrfacher Hinsicht ist eine der Ursachen der Verlust der Glaubwürdigkeit der SPD,
- wenn sie sich im Wahlkampf 2005 gegen eine zweiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer stellt, um dann in der Regierung als Juniorpartner drei Prozent Mehrwertsteuererhöhung mitzutragen, oder
- wenn sie im Wahlkampf 2009 vor Schwarzgelb warnt, aber die "Gelben" als Partner einer Ampelkoalition umwirbt, obwohl diese schon sehr früh deutlich gemacht haben, dass sie weder die SPD noch die Grünen als Partner haben wollen?
- Ist die SPD noch die Partei der sozialen Gerechtigkeit, wenn sie die Altersgrenze für die Rente auf 67 Jahre erhöht und damit die Renten künftiger Rentner senkt, weil heute immer noch die Mehrzahl der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft deutlich früher verrentet werden, ganz zu schweigen von denen, die ihre Arbeit nicht mehr packen, wie der Dachdecker von Kurt Beck oder auch ausgebrannte Lehrerinnen und Lehrer in Brennpunktschulen?
- Gilt in der SPD noch der Grundwert Solidarität, wenn der Vorsitzende Kurt Beck aus einem Amt gemobbt wird, das er nie angestrebt, sondern nur aus

Pflichtgefühl angenommen hat, nur weil er sich nicht wegen anonymer "Spindoktoren" verbiegen wollte?

Es gibt noch viele weitere Gründe, warum wir im Bund seit 1998 von 40,9 % auf 23,0 % (Überlingen von 31,1% auf 16,3%), bzw. von gut 20 Mio. Wählern auf gerade 10 Mio. (Überlingen von 3506 auf 1997) abgestürzt sind, ich erwähne nur die Agenda 2010 und Hartz IV.

Die andere Seite der Medaille dieser schweren Niederlage sieht so aus: Wir müssen – nur um die verlorenen Wähler von 2005 wiederzuholen – um ca. 50 % wachsen. Man könnte nun, wie 179 000 Genossinnen und Genossen seit 1998 zu dem Schluss kommen, dies ist nicht mehr die SPD, in die man eingetreten ist. Deshalb ist die Gefahr groß, dass wir weitere Wahlen verlieren und noch mehr Mitglieder austreten, weil es sich eh nicht mehr lohnt.

Wer das nicht will, muss jetzt und heute damit anfangen, die Spirale nach unten in einem ersten Schritt aufzuhalten und in weiteren Schritten in eine Spirale nach oben umzudrehen.

Ich glaube, das geht nur, indem wir uns wieder stärker in unserer Partei miteinander und von unten nach oben auseinandersetzen. Das ist in den letzten Jahrzehnten in Überlingen und in der Mehrzahl der Ortsvereine in der SPD eingeschlafen. Insbesondere die Auseinandersetzung von unten nach oben hat nahezu aufgehört. Von oben kamen Vorschläge, die im seltenen Fall ein Bisschen durch die Basis geändert, aber im Normalfall von der Basis abgenickt wurden, weil das meiste ja entweder im Prinzip okay oder von Sachzwängen, z.B. die Agenda 2010 oder die Rente mit 67 bestimmt war. Das mag zwar recht bequem gewesen sein, hat aber nicht allen Genossinnen und Genossen gepasst hat, wie das einerseits der Mitgliederschwind – wir hatten zu Willy Brandts Zeiten über eine Million Mitglieder, heute sind wir weniger als die Hälfte – und andererseits die schwindende Teilnahme der Mitglieder am Parteigeschehen zeigen.

Der Ortsverein Überlingen ist von über 140 auf heute 82 Mitglieder geschrumpft. Davon ist weniger als ein Drittel aktiv. Unter aktiv verstehe ich, Teilnahme bei der Aufstellung von Kandidaten und innerparteilichen Wahlen, gelegentlich bei einer Mitgliederversammlung aufzutauchen, mal im Wahlkampf beim Plakatieren die Hand mit anzulegen oder im Straßenwahlkampf mit den Wählern zu diskutieren oder bei den Wahlveranstaltungen als interessiertes Publikum zu erscheinen. Ich weiß, das geht nicht immer, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen, wie eine Familienfeier oder ein Theaterbesuch. Es gibt auch andere Verhinderungsgründe, wie Alter oder Krankheit.

Nur, und da bin ich mir sicher, wenn die Beteiligung weiter so schwach bleibt, wie beispielsweise bei der Kandidatenaufstellung zur Kommunalwahl in Überlingen, wo 18 Mitglieder 26 Gemeinderatskandidaten und zehn Kreistagskandidaten aufgestellt haben, dann geht es weiter bergab mit der SPD in Überlingen.

Um diese Entwicklung in Überlingen aufzuhalten und umzukehren, hat der Vorstand des OV Überlingen beschlossen, einen runden Tisch des Ortsvereins einzuberufen, in dem alle ihre Wünsche und Beschwerden ausdrücken und erste Ideen zur Erfüllung der Wünsche und zur Behebung dieser Beschwerden sammeln können. Dort sollen alle Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge gesammelt und im Laufe der nächsten 12 Monate umgesetzt werden.

Wie wichtig unserer Partei die Beteiligung im Ortsverein – der Basis der SPD – ist, illustrieren zwei Paragraphen aus dem Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

§ 5 (1) Jedes **Mitglied** hat das **Recht**, sich im Rahmen der Statuten an der politischen **Willensbildung**, den **Wahlen** und **Abstimmungen** zu **beteiligen**, und die **Pflicht**, die **Ziele** der **Sozialdemokratischen Partei** zu **unterstützen**. Es hat **Antrags-** und **Stimmrecht** in der **Mitgliederversammlung** des **Ortsvereins**.

§ 8 (1) Die **SPD** gliedert sich in Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke. In dieser **Gliederung** vollzieht sich die politische **Willensbildung** der **Partei** von **unten nach oben**.

Um Missverständnissen vorzubeugen, ich will nicht sagen, dass alles, was die SPD in den letzten neun Jahren geleistet hat, schlecht war – im Gegenteil es gab viel Gutes. Schlecht war aber, dass wir, die Basis zu wenig in die Entscheidungen eingebunden waren und diese damit auch nicht für die Wähler überzeugend mittragen konnten. Die Agenda 2010 wurde in vier Regionalkonferenzen diskutiert. Willy Brandt hatte in der kleineren, alten Bundesrepublik zur Diskussion der Ostpolitik zu 20 Regionalkonferenzen eingeladen.

07.10.2009 Dietram Hoffmann, OV-Vors. Überlingen

Brief an Justizminister wegen fehlender Behinderteneinrichtungen am Amtsgericht Überlingen

Zeller:

„Der Behörde Dampf machen“

Der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, hat den Justizminister Ulrich Goll in einem Schreiben aufgefordert, sich selbst in die nicht hinnehmbaren Verzögerungen für die behindertengerechte Renovierung am Amtsgericht in Überlingen einzuschalten.

Obwohl für das Amtsgericht Überlingen die Mittel für eine Renovierung vom Land genehmigt wurden, wird mit den Bauarbeiten für die dringenden Sanierungen, die vor allem endlich für Behinderte einen menschenwürdigen Zugang zu den dortigen Einrichtungen ermöglichen soll, nicht begonnen, weil das dafür notwendige Planungspersonal beim Land fehlt.

Die Richter in Überlingen wollen den Zustand, der die Menschen mit Behinderung „von der Gerechtigkeit ausschließt“ nicht mehr länger hinnehmen. Es fehlt an einem Aufzug und Behindertentoiletten. Ebenso wie der Leiter des Amtsgerichts fordert auch Norbert Zeller, dass um weitere Verzögerungen der dringend erforderlichen Maßnahmen zu vermeiden, nun eine externe Ausschreibung erfolgen müsse. Er hat deshalb den Landesjustizminister Ulrich Goll aufgefordert, alles Notwendige zu veranlassen, damit der unwürdige Zustand so schnell wie möglich beseitigt werde, zumal die Mittel von 250 000 Euro genehmigt sind. Der Minister muss nun innerhalb einer Dreiwochenfrist auf das Schreiben von Zeller antworten.

19.10.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Termine:

31.10.2009

Herbsttagung der SBI mit Regierungspräsident Dr. Claudius Graf-Schelling (SP Thurgau), Präsident der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), zum Thema: "Die regionale Zusammenarbeit überwindet Grenzen". Veranstaltungsort ist das Museum im alten Zollhaus von Romanshorn, gegenüber dem Fährhafen gelegen.

10.30 Uhr bis 13.30 Uhr

parteiöffentlich

23.11.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

14.12.2009

Kreisvorstandssitzung (geplant)

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Friedrich und Gerster wiedergewählt

Die Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September erbrachte der SPD auch in der Bodenseeregion herbe Verluste. Die beiden bisherigen Bundestagsabgeordneten Peter Friedrich (Konstanz) und Martin Gerster (Biberach) wurden jedoch über die Landesliste wiedergewählt. Martin Gerster erzielte als einziger Wahlkreiskandidat in Baden-Württemberg einen Stimmenzuwachs bei den Erststimmen und gewann knapp 4% hinzu.

Zur Betrachtung der Wahlkreis- und Gemeinderegebnisse empfehlen wir die Wahlberichterstattung des Landes Baden-Württemberg: http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Bundestagswahl_2009/. Die bayerischen Ergebnisse finden sich unter der Internetadresse <http://www.bundestagswahl2009.bayern.de/ta1990.html>.

Wohl ist das Wahlresultat ein aus sozialdemokratischer Sicht sehr schmerzliches. Vor diesem Hintergrund kann die Wiederwahl der beiden bisherigen Bundestagsabgeordneten Friedrich und Gerster als sehr erfreulich bezeichnet werden, die Region Bodensee-Oberschwaben wird auch weiterhin mit zwei engagierten sozialdemokratischen Vertretern in Berlin präsent sein. Als bemerkenswert darf das hervorragende Erststimmenergebnis von Martin Gerster gewertet werden, er erzielte im Wahlkreis Biberach einen Zuwachs von 3,9%, in seiner Heimatstadt Biberach an der Riß waren es gar 7,4%. Herzliche Gratulation den Wiedergewählten, Dank auch an Jochen Jehle (Bodensee), Anne Jenter (Ravensburg), Angela Godawa (Zollernalb-Sigmaringen) und Reinhard Strehlke (Oberallgäu) für ihre Kandidatur und den unermüdlichen Einsatz für die SPD im zurückliegenden Wahlkampf.

28.09.2009

SBI



SP Schweiz



SP Kanton St.Gallen

Communiqué der SP Fraktion

Rückblick auf die Septembersession

Grosse Strassenbauprojekte automatisch vors Volk

Das Volk darf zu grossen Strassenbauprojekten nicht automatisch Stellung nehmen, dies ist aus Sicht der SP Fraktion sehr stossend.

St.Gallen – Der Kantonsrat hat unnötige Umfahrungsstrassen im Toggenburg beschlossen. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Das heisst, zuerst müssen 4'000 gültige Unterschriften gesammelt werden, damit das Volk über die horrenden Ausgaben entscheiden kann. Die Fraktionspräsidentin der SP, Barbara Gysi stört sich daran: „Das Volk darf zu diesen unnötigen Strassenbauprojekten, die Kosten in der Höhe von über 320 Mio. Franken verursachen nichts sagen. Wir werden im November eine Motion einreichen, damit bei grossen Strassenbauprojekten das Volk automatisch das letzte Wort haben wird.“

Die beiden Umfahrungsprojekte im Toggenburg sind aus verkehrspolitischer Sicht unnötig. Für eine kleine Anzahl Autos werden Unsummen investiert und die Landschaft im Toggenburg verschandelt. Leider haben die bürgerlichen Parteien noch immer nicht erkannt, dass zusätzliche Strassen immer auch zusätzlichen Verkehr anziehen.

Arbeitsverweigerung von FDP und SVP

Die Regierung hat sich mit dem Regierungsprogramm strategische Ziele gesetzt. In der Septembersession hat sich der Kantonsrat zum ersten Mal mit dem Regierungsprogramm befasst. Auf Antrag der vorberatenden Kommission hat sich der Kantonsrat entschieden, dass er in Zukunft nicht mehr vom Regierungsprogramm Kenntnis nehmen will. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. FDP und SVP sind nicht mit allen Punkten des Regierungsprogramms einverstanden, deshalb wollen sie sich in Zukunft gar nicht mehr mit den Inhalten auseinandersetzen. Das ist aus Sicht der SP Fraktion unverständlich und grenzt an Arbeitsverweigerung.

Erfolgreiche Richterwahl: David Savi neu im Handelsgericht

Die SP Fraktion freut sich darüber, dass der Kantonsrat David Savi aus Jonschwil in das Handelsgericht gewählt hat. Der bestens qualifizierte Elektroingenieur wird mit seiner fachlichen Kompetenz eine grosse Verstärkung für das Handelsgericht sein.

23/ September 2009 SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

Ausflug der SP Fraktion

Sommerlicher KlangWeg und beeindruckende Regierung

Am heutigen Fraktionsausflug ist die SP im Obertoggenburg bei sommerlichen Temperaturen auf dem Klangweg gewandert und konnte sich bei der Regierung in Ebnat-Kappel kulinarisch verwöhnen lassen.



Toggenburg – Die SP Fraktion hat heute Nachmittag die „KlangWelt Toggenburg“ besucht. Peter Roth, der Initiator und künstlerische Leiter, konnte die Mitglieder Fraktion bei wunderschönem Spätsommer-Wetter im Obertoggenburg begrüßen. Gemeinsam mit SP Mitgliedern, die in der kantonalen Verwaltung oder in den Gerichten arbeiten, wanderte die SP Fraktion vom Seegüetli zum Iltios. An den ver-

schiedenen Stationen hat Peter Roth die Instrumente, aber auch die Hintergründe zum erfolgreichen Projekt der „KlangWelt Toggenburg“ erläutert.

Besuch bei der Regierung in Ebnat-Kappel

In Ebnat-Kappel ist seit 30 Jahren die Regierung zu Hause. Diese heilpädagogische Grossfamilie von Helena Schmid und Heinz Büchel hat in der eigenen „Fabrik“ – einer umgenutzten Textilfabrik – die SP Fraktion bekocht. Helena Schmid hat auf eindrückliche Weise das Zusammenleben von 5 Männern mit einer geistigen Behinderung beschrieben.

22/ September 2009

Peter Olibet, Parteisekretär

Position der SP zur Oberstufenreform

Im Bildungsdepartement läuft zurzeit ein Projekt, das sich mit der Oberstufe unseres Kantons beschäftigt. Die SP ist erfreut darüber, dass zum ersten Mal seit Jahren auch die Struktur unserer Oberstufe diskutiert wird – bisher allerdings erst hinter verschlossenen Türen.

Wir wünschen uns eine öffentliche Diskussion und präsentieren deshalb unsere Forderungen zur Zukunft der St.Galler Oberstufe.

1. Real- und Sekundarschule werden abgelöst durch eine integrierte Oberstufe mit Niveaunklassen-Unterricht.

Das heisst: Bei der Bildung der Stammklassen spielen die Schulleistungen der Schülerinnen und Schüler keine Rolle. In Fächern wie Mathematik oder Fremdsprachen werden Leistungsgruppen gebildet, um eine optimale Förderung der Kinder zu ermöglichen.

2. Der Staat führt und finanziert nur Schulen, die Kinder aller Leistungsniveaus aufnehmen und keine Aufnahmebeschränkungen kennen.

3. Die Schülerinnen und Schüler beenden ihre obligatorische Schulzeit mit einem Volksschulabschluss, der über ihre Kenntnisse und Kompetenzen Auskunft gibt.

Damit die Oberstufe im Kanton St.Gallen so verändert werden kann, wie die SP das fordert, **muss das Volksschulgesetz geändert werden**. Das darf kein Grund sein, um Reformen zeitlich hinauszuschieben, im Gegenteil: Die Arbeit muss sofort beginnen.

Für Rückfragen:

Elsbeth Schrepfer

Hansueli Baumgartner

St.Gallen, 29. September 2009

über: Ariana Krizko | SP St.Gallen

Exkursion Biogasanlage Widnau

Die Fachkommission „Bauen, Umwelt, Verkehr“ der SP-Kantonalpartei lud letzten Samstag zum Besuch der Biogasanlage in Widnau ein. Kantonsrat Stefan Britschgi (FDP) führte die interessierten Besucher in sehr kompetenter Weise durch die Anlage auf dem Tratthof. Stefan Britschgi ist als Anbauer von weissen Spargeln und Erdbeeren als innovativer Landwirt bekannt. Er war und ist auch die treibende Kraft für die vor gut zwei Jahren für 5 Mio Franken erstellte Biogasanlage.

In dieser Biogasanlage werden einerseits flüssige Rohstoffe wie Gülle, andererseits feste organische Stoffe wie Grüngut, Mist oder Gastronomieabfälle in zwei luftdicht verschlossene Fermenter eingebracht. Dort entsteht durch anaerobe Gärprozesse das Biogas. Anschliessend wird dieses in der Aufbereitungsanlage zur nötigen Gasqualität von mindestens 96% Methan aufbereitet, welche es erlaubt, das Gas direkt in die Gasversorgung einzuspeisen. Die Anlage ist heute nahezu ausgelastet und produziert täglich 2000 m³ Biogas. Die Anlage bietet 3 Arbeitsplätze und wird von Gemeinden, Bauern, Betrieben und Privaten aus dem ganzen Unterreintal mit organischen Abfällen beliefert.

Die Energie aus Biomasse zählt zu den erneuerbaren Energien und stellt letztlich eine Nutzung der Sonnenenergie in Form einer Zwischenspeicherung in der Pflanze dar. Der ganze Prozess ist CO₂-neutral und verhindert die Abgabe des Treibhausgases Methan in die Atmosphäre.

Für Rückfragen:

29.09.2009

Ruedi Blumer, Kantonsrat

Die SP zu den Abstimmungsergebnissen vom 27. September

Lehrstelleninitiative

Die SP bedauert das Nein der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Lehrstelleninitiative, gratuliert aber den Jusos zum beachtlichen Resultat. Während die Regierung so lange wie möglich versuchte, die Situation auf dem Lehrstellenmarkt schön zu reden, handelten die Jusos und bewiesen Mut und Weitsicht, indem sie die Lehrstelleninitiative lancierten. Mit dem heutigen Nein folgt man der Haltung des Kantonsrates und setzt auch weiterhin auf das Prinzip Hoffnung, statt konkrete Massnahmen einzuleiten und Anreize für mehr Lehrstellen zu schaffen.

IV-Leistungen für betroffene Menschen sichern

Erfreut ist die SP über das Ja zur befristeten IV-Zusatz-Finanzierung. Trotz massiver Propaganda ist es der Gegnerschaft nicht gelungen, die StimmbürgerInnen dazu zu bringen, den IV-Bezügerinnen und Bezüger in der Krise die Solidarität zu kündigen. Denn diese wären einmal mehr die Leidtragenden, wenn jetzt nicht die nötigen Schritte zur Sanierung der IV unternommen würden. Das JA zur Zusatzfinanzierung ermöglicht es unserem wichtigsten Sozialwerk, behinderten Menschen weiterhin ihre finanzielle Grundlage zu sichern und die berufliche Integration zu ermöglichen. Ein kleiner Wermutstropfen ist das Resultat im Kanton St.Gallen. Offenbar hatte man hier mit der Gegen-Kampagne, welche darauf angelegt war, Misstrauen zu schüren, mehr Erfolg,

Rauchfreie Beizen im ganzen Kanton

Das Chaos hat ein Ende! Die SP begrüsst es sehr, dass im Kanton St.Gallen bald eine einheitliche Regelung für allgemein zugängliche, geschlossene Räume in Kraft tritt. Die bisherigen Zustände waren alles andere als befriedigend und liessen allzu viele Interpretationen des Gesetzes zu, was immer wieder zur Ungleichbehandlung verschiedener gastgewerblicher Betriebe führte. Mit dem neuen Gesetz wird dem Schutz der ArbeitnehmerInnen im Gastgewerbe und der NichtraucherInnen ein neues Gewicht gegeben. Die Kraft, welche für die endlosen Auseinandersetzungen und das Feilschen um Sonderbewilligungen aufgewendet wurde, kann endlich sinnvoller eingesetzt werden.

Übrige Vorlagen

Sehr zufrieden ist die SP auch mit dem Ausgang der übrigen Abstimmungen, namentlich dem Ja zur Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Heerbrugg und dem Ja zum Gesetz über Beiträge an die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen.

Rückfragen

Claudia Friedl, Parteipräsidentin

Ariana Krizko, Parteisekretärin

Steigende Krankenkassenprämien - steigender Handlungsbedarf!

Im Herbst fallen die Blätter und mit der gleichen Sicherheit steigen die Krankenkassenprämien. Ein kurzes Rauschen durch den Blätterwald – die Medienberichte gleichen sich jedes Jahr nach der Bekanntgabe der Prämien erhöhungen – und die Versicherten fügen sich wieder in ihr Schicksal. Ihnen wird suggeriert, die jährlichen Erhöhungen der Krankenkassenprämien wären ein Naturgesetz, welchem man unterworfen ist. Die Grenze des Erträglichen ist derweil für viele längst erreicht.

Vor allem zwei Umstände verschärfen die Situation dieses Jahr. Erstens: Die Aufschläge sind sehr massiv. Die Erhöhungen im Kanton St.Gallen bewegen

sich zwischen 8,7 und 13,7 Prozent, sie sind durchschnittlich happige 10,4 Prozent. Das ist einmalig und alarmierend. Zweitens: Gleichzeitig werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für viele Familien und Arbeitnehmende schmerzhaft spürbar. Steigende Arbeitslosigkeit und durch die Krise gebremste Lohnentwicklung vertragen sich nicht mit dem Prämienschub und bringen ohnehin schon stark belastete Familien sowie junge Erwachsene in arge Bedrängnis.

Die massiven Prämienerhöhungen dürfen nicht weiter einfach hingenommen werden. Die SP erwartet von der Regierung griffige Massnahmen, um den Prämienschock zu mildern. Dazu gehört auch, dass die finanziellen Mittel der Prämienverbilligung im Kanton St.Gallen deutlich erhöht werden, um in erster Linie Familien und junge Erwachsene zu entlasten. Aber das alleine reicht nicht - es werden einschneidende Massnahmen nötig sein. Die Regierung muss sich nun endlich für mehr Regulierung bei den Krankenversicherern einsetzen und für die Schaffung einer staatlichen Krankenkasse, ähnlich der AHV stark machen. Sie darf sich nicht scheuen, heisse Eisen anzupacken, denn die bisherige Pflästerchenpolitik, bei der den Versicherten auch noch die Kosten für die Pflästerchen aufgebremst werden, hat auf der ganzen Linie versagt.

Für Rückfragen:

Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
Ariana Krizko, Parteisekretärin

Budget 2010 hinterlässt zwiespältigen Eindruck

Der Voranschlag für das kommenden Jahr vermag nicht vollends zu überzeugen: Erfreulich hohe Investitionen, im Gegenzug stellt die Regierung keine zusätzlichen Mittel für Löhne und Prämienverbilligungen zur Verfügung.

St.Gallen – Die Regierung hat letzte Woche ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Erfreulich ist aus Sicht der SP zu werten, dass die Regierung weitere Investitionen tätigen will. Dies ist in der Zeit der Rezession eine richtige Massnahme.

Verheerend wirken sich jedoch die Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen der vergangenen Jahre aus. Die Einnahmefälle sind wegen der Krise nun noch höher als prognostiziert. Die unsinnigen und von der SP stets bekämpften Nachträge zum Steuergesetz führen zu unverträglich hohen Ausfällen, die auch in den kommenden Jahren ihren Niederschlag in der Finanzpolitik des Kantons finden werden.

Signale für das Personal

Aus Sicht der SP ist es bedauerlich, dass dem Staatspersonal keinen Teuerungsausgleich und keine Real-

lohnerhöhung zugestanden wird. Da es die finanzielle Situation zur Zeit nicht erlaubt, grosse Sprünge zu machen, wären aus Sicht der SP durchaus andere Zeichen an das Personal möglich. Mit zusätzlichen Freitagen könnte zum Beispiel die ausbleibende Lohnerhöhung kompensiert werden.

Die Regierung spricht im Weiteren davon, dass bei den Forderungen aus den Departementen massive Kürzungen vorgenommen werden mussten. Die SP befürchtet, dass wichtige Bereiche unter Kürzungen zu leiden haben.

zusätzliche Mittel für Prämienverbilligungen

Die Krankenkassenprämien sind diesen Herbst massiv angestiegen. Es braucht höhere Prämienverbilligungen. Da ist auch der Kanton trotz Krise in der Pflicht. Für viele Familien und Einzelpersonen wird die Gesundheit zu einem unbezahlbaren Gut.

12.10.2009

Peter Olibet

SP Kanton Thurgau

Zur Flatrate - Abstimmung

Die Thurgauer Bevölkerung hat mehr Sinn für Gerechtigkeit als die Thurgauer Regierung. Die Flatrate ist mit der Ablehnung der Steuergesetzrevision vom Tisch. Damit ist der Weg frei für Steuerreduktionen, die allen zu gute kommen. Hoherfreut nehmen wir vom Abstimmungsergebnis Kenntnis. Gegen eine mächtige Befürwortergruppe mit grossen finanziellen Möglichkeiten und Verwaltungsunterstützung ist es uns mit vereinten Kräften gelungen, einen grossen Rückschritt in Sachen Steuergerechtigkeit zu verhindern. Ein grosses Dankeschön geht an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und all die vielen Helferinnen und Helfer, die diesen Erfolg möglich gemacht haben.

Peter Gubser, Komitee Flatrate Nein



SPÖ stellt neue Landtagsabgeordnete vor

**Ritsch: Kleines, aber kompetentes
Team**

Mit grossem Bedauern hat die Sozialdemokratische Fraktion nach der Landtagswahl 2009 ihre langjährigen ParteikollegInnen und Landtagsabgeordneten Dr. Elke Sader, Olga Pircher, Werner Posch und Leopold Berthold aus dem Landtag verabschiedet. In der 29. Legislaturperiode wird sich künftig ein verkleinertes Team unter der Führung von Clubobmann LABg.

Michael Ritsch um die Anliegen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger bemühen. Unverändert im SPÖ-Landtagsteam ist LAbg. Mirjam Jäger. Neu hinzugekommen ist Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger, die in der konstituierenden Landtagssitzung am 14. Oktober erstmals angelobt wird.

Michael Ritsch, der seit 2004 Landtagsabgeordneter ist und seit 2007 zusätzlich die Funktion des SPÖ-Clubobmannes innehat, ist für die kommenden fünf Jahren im Wesentlichen verantwortlich für die Ressorts Finanzen, Arbeit, Wirtschaft, Kontrolle, Sicherheit, Inneres (Föderalismus etc.), Wohnen und Kommunalpolitik.

Mirjam Jäger ist seit 2000 Gemeindevertreterin in Götzis und seit 2005 zudem Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Angelobung in den Landtag erfolgte 2006 in Folge des Wechsels von Elmar Mayer in den Nationalrat. Jäger ist unter anderem Bereichssprecherin für Jugend, Frauen, Energie und Umwelt.

Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger ist für die SPÖ ein kompetenter Zugewinn in der politischen Arbeit. Dr. Sprickler-Falschlunger leitet in Dornbirn eine ärztliche Ordination und ist deshalb besonders prädestiniert für die Bereiche Soziales und Pflege, Gesundheit sowie Familie und Senioren. Vor allem aber das Thema Integration wird ein Schwerpunkt in ihrer Tätigkeit als Landtagsabgeordnete sein.

Obwohl Michael Ritsch nur ungern auf die ausscheidenden Landtagsabgeordneten verzichtet, freut er sich auf die künftige Arbeit im neuen Team: „Wir werden uns intensiv mit den kommenden Themen im Landtag beschäftigen, damit wir die Anliegen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger bestmöglich vertreten können. Wir setzen uns für jene ein, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und wollen als Sprachrohr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land verstanden werden, denn soziale Gerechtigkeit bleibt das wichtigste Anliegen der SPÖ Vorarlberg.“

SPÖ-Express

16.10.2009

SPÖ erhält kompetente Verstärkung in punkto Integration

Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger wird neue Abgeordnete

Nachdem die Auswertung der Wahlkarten nun abgeschlossen ist und die Wahlergebnisse für die SPÖ demnach gleich bleiben, steht fest, dass es in den Reihen der SPÖ keine weiteren Mandats-Verschiebungen geben wird.

Die Sozialdemokratische Fraktion zieht somit verkleinert, aber dennoch als schlagkräftiges Team in den neuen Landtag ein. Landesparteivorsitzender Michael Ritsch wird künftig mit LAbg. Mirjam Jäger und Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger die Arbeit der SPÖ weiterführen.

„Es ist äußerst erfreulich, dass wir mit Frau Dr. Sprickler-Falschlunger eine kompetente Verstärkung im Landtag bekommen, die sich auch vermehrt dem Thema Integration widmen möchte“, heißt Clubobmann Ritsch die neue Abgeordnete willkommen.

Die Einteilung der Ressorts wird in der konstituierenden Clubsitzung am kommenden Montag festgelegt.

Als Nachfolger von Gabi Sprickler-Falschlunger als Stadtrat wurde gestern Werner Posch vom Dornbirner Stadtparteivorstand nominiert.

SPÖ-Express

02.10.2009

Die neue Abgeordnete:

Gabi Sprickler-Falschlunger stellt sich vor

**Gabi Sprickler-Falschlunger:
Profil zeigen, im neuen Landtag**



Seit 2000 ist die Ärztin erfolgreiche SPÖ-Stadträtin in Dornbirn. Von Beginn an setzte sie auf ein tolerantes Menschenbild und entwarf mit zahlreichen Betroffenen und Experten das legendäre Integrationsleitbild für die Stadt. Heute gilt sie als die Vorarlberger Integrationspolitikerin schlechthin. Spätestens aber seit den Missständen in Dornbirner Pflegeheimen ist auch ihr Kampf für die Verbesserung der Pflege- und Betreuungssituation über die Dornbirner Stadtgrenzen hinaus bekannt.

Als neue Landtagsabgeordnete der SPÖ Vorarlberg will sich Sprickler-Falschlunger besonders für die Bereiche Gesundheit, Integration, Pflege und Betreuung engagieren. „Mir liegt die Verbesserung der Pflege- und Betreuungssituation unserer älteren Menschen und der Ausbau der Versorgung mit Fachärzten im Kassenbereich besonders am Herzen.“

Drei Forderungen für die Pflege

In der Debatte um die Pflegemissstände ergriff sie für die Pflegefachkräfte Partei und veranstaltete kurzer-

hand eine Podiumsdiskussion zu der über 120 Betroffene erschienen. Die Konsequenz daraus: drei Forderungen, die sie im Landtag bis zur Umsetzung vertreten wird. Vorarlberg braucht bis in 10 Jahren rund 1.000 neue Pflegebetten, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ein Personalentwicklungsplan sollen Berufsausstiege und Burn-Outs verhindern, die Heimleiter besser ausgebildet und schließlich soll mit dem Konzept der „Wahrnehmenden Pflege“ die Mobilität und die Gesundheit der älteren Menschen so lange als möglich erhalten bleiben.

Gegen Privatisierung, für den Ausbau der Gesundheitsversorgung

Ein klares Nein kommt hingegen zur Privatisierung vom Pflege- und Gesundheitssystem. „Wir können es uns nicht leisten, dass kranke oder pflegebedürftige Menschen zur Kostenstelle reduziert werden“, so die SPÖ-Kandidatin. Im Gegenteil. Gesundheit bis ins hohe Alter muss die Leitmaxime der Politik sein. Dafür müssen wir in den Gesundheitsbereich investieren. Die nächtliche Zahnversorgung, finanzielle Unterstützung für Zahn- und Kieferregulierung und der Ausbau der Versorgung mit Fachärzten im Kassenbereich sind nur einige Bereiche, wo Vorarlberg Aufholbedarf hat.

SPÖ-Express

02.10.2009

Wirtschaftskrise trifft Frauen doppelt!

SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher fordert engagierten Kampf gegen die Frauenarbeitslosigkeit in Vorarlberg

Mehr frauenspezifische Arbeitsmarktförderungen sowie Wiedereinstiegsmaßnahmen und eine Ausbau-Offensive bei Kinderbetreuungseinrichtungen und -plätzen, fordert SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher angesichts der jüngsten Arbeitslosenzahlen.

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten erfüllen mich mit großer Besorgnis. Dass die Arbeitslosenquote in Vorarlberg mit 7,3 Prozent über dem Bundesschnitt liegt, ist allein schon sehr bedenklich. Für mich als Landesfrauenvorsitzende kommt dazu, dass die Arbeitslosigkeit auch bei Frauen erstmals stärker angestiegen ist, so Pircher.

Zu befürchten ist leider, dass das nur der Anfang eines schlechten Szenarios ist. 44 Prozent mehr Arbeitslose in Büros, 33,4 Prozent mehr Arbeitslose im Handel und 30 Prozent mehr in Tourismusberufen betreffen sehr stark die Frauen. Verschärfend kommt hinzu, dass die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Vorarlberg ein besonderes Hemmnis darstellt. War es jetzt schon oft so, dass Frauen sich beim Job nach dem Angebot an Kinderbetreuung

richten mussten, kommt jetzt noch ein stärkerer Arbeitsdruck auf die Frauen hinzu. Frauen dürfen nicht unter die Räder kommen, es braucht spezielle Auffangnetze geknüpft von Seiten aller Verantwortlichen.

Darüber hinaus wirkt sich die angestiegene Arbeitslosigkeit auch auf die hohen Einkommensunterschiede in Vorarlberg negativ aus. Vorarlbergs Frauen arbeiten ja ab September gratis, verglichen mit den Einkommen der Männer. Die SPÖ-Landesfrauen werden sich weiterhin verstärkt dieser Thematik annehmen und für eine bestmögliche Arbeits- und Lebenssituation für Vorarlbergs Frauen einsetzen, so Pircher abschließend.

SPÖ-Express

02.10.2009

Verabschiedung der SPÖ-Abgeordneten aus dem Vorarlberger Landtag

Lob für deren politisches Engagement

Insgesamt fünf SPÖ-MandatarInnen würden vergangenen Mittwoch vom Vorarlberger Landtag verabschiedet. Als Landtagsabgeordnete scheideten Elke Sader, Olga Pircher, Werner Posch und Leopold Berthold aus, Reinhold Einwallner verabschiedet sich aus dem Bundesrat.

Dabei erhielten sie über die Fraktionsgrenzen hinaus Lob für ihr politisches Engagement und Dank für ihren Einsatz. Bei allen SPÖ-Mandataren handelte es sich leidenschaftliche, pflichtbewusste und kompetente Parlamentarier, die stets die Anliegen der VorarlbergerInnen vertraten

SPÖ-Express

09.10.2009

**SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster**

Zum Artikel in der Schwäbischen Zeitung,
Ausgabe Wangen, vom 23. 9. 09:

„Fanatismus ist keine Lösung“

MdB Gerster:

„Blanke Existenznot treibt die Milchbauern um“

BIBERACH - Der Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat sich schützend vor die Milchbauern und gegen Aussagen des CDU-Kandidaten Josef Rief in der Schwäbischen Zeitung,

Ausgabe Wangen, gestellt. „Kein Fanatismus, sondern blanke Existenznot treibt die Milchbauern um und veranlasst sie zu teils außergewöhnlichen Aktionen“, teilte er mit. Die Milchbauernschelte des CDU-Kandidaten Rief könne so nicht stehen bleiben. „Die Milchbauern in unserer Region haben nichts Verbotenes getan und nehmen ihre Bürgerrechte auf freie Meinungsäußerung und Demonstration wahr. Auch der Vergleich mit Hooligans im Fußballstadion ist unsäglich und völlig daneben“, stellte Gerster klar. Milchbauern könne man keinesfalls auf eine Stufe mit kriminellen Gewalttätern stellen. „Rief disqualifiziert sich selbst als selbsternannter Vertreter der Landwirtschaft.“

Der CDU-Kandidat sei nur beleidigt, weil Frau Aigner in Ehingen und Frau Merkel in Ulm an den Milchbauern ohne mit der Wimper zu zucken einfach vorbeigegangen seien, während der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering auf Initiative von Gerster im Ravensburger Rathaus mit den Bäuerinnen ein sachliches Gespräch geführt habe. „Ich nehme die Existenzängste und die Anliegen der Milchbauern ernst und versuche, etwas Konkretes zu erreichen“, so Gerster. „Herr Rief stellt die Milchbauern mit seinen Äußerungen in die kriminelle Ecke, das ist unerträglich.“

Biberach, den 23. September 2009

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Umwelt- und Energiepolitik

Die Stunde der Lobbyisten

02.10.2009 - Die Bundestagswahl liegt gerade einmal vier Tage zurück. Die politischen Weichen sind klar auf Schwarz-Gelb gestellt. Keine guten Vorzeichen für die Förderung erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus der Atomenergie. Von Seiten der einflussreichen Energiekonzerne und anderer Lobbygruppen versucht man die Gunst der Stunde zu nutzen und bereits vor dem Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen FDP und CDU, inhaltliche Pflöcke einzurammen.

So meldet die Wirtschaftswoche, dass [CDU und FDP drastische Einschnitte im Bereich der Solarförderung](#) planen. Die Liberalen kritisieren, die Subventionierung dieser ökologischen Energieform sei unangemessen hoch, speziell im Vergleich zur Stromerzeugung Steinkohle. Argumentative Schützenhilfe leistet dabei vor allem das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), das die Förderung der Solarenergie auf den Bereich der Forschung und Entwicklung beschränken will und ein Ende der Einspeisevergütung fordert.

Im Sommer des vergangenen Jahres hatte das RWI errechnet, dass eine [Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke](#) um 20 Jahre zu einer Entlastung der Verbraucher von mindestens 50 Milliarden Euro

führen würde. Angesichts der Tatsache, dass das Essener RWI nicht nur dem Namen nach eine große Nähe zur RWE AG, Deutschlands zweitgrößtem Energieversorger, aufweist, erscheint dies nur konsequent. So ist [Dr. Rolf Pohlig](#), als [Vorstandsmitglied von RWE](#) zugleich auch Präsident der Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI Essen, die das Institut finanziell unterstützt. Der Konzern RWE bezieht 20 Prozent seines Stroms aus Atomkraftwerken und ist nach wie vor überdurchschnittlich im Bereich der fossilen Energieträger, wie Steinkohle und Braunkohle, engagiert.

www.martin-gerster.de

BayernSPD

Nach der Bundestagswahl

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD hat bei der Bundestagswahl am Sonntag bundesweit 11,2 Prozentpunkte und in Bayern 8,6 Prozentpunkte verloren. Dieses Ergebnis ist eine bittere Niederlage. Die Mehrheit für schwarz-gelb ist ein harter Rückschlag im Kampf um soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Nach einem solchen Ergebnis können und dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen das Ergebnis sorgfältig analysieren und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Einiges lässt sich aber schon jetzt sagen: Die Hauptursache für dieses Ergebnis ist sicherlich verlorenes Vertrauen. Wir sind mit einem deutlichen sozialdemokratischen Programm in die Wahlauseinandersetzung gegangen, aber viele Menschen haben uns die Umsetzung nicht mehr zugetraut. Einige Entscheidungen der elf Jahre in der Regierungsverantwortung haben dazu geführt, dass wir nicht mehr als der Garant sozialer Gerechtigkeit wahrgenommen werden. Das gilt im besonderen Maße für die Hartz-Gesetzgebung und die Rente mit 67. Diese Maßnahmen haben eine negative Symbolkraft entwickelt, die weit über die tatsächlichen Auswirkungen hinauswirkt.

Für die SPD auf Bundesebene ist nach dieser Wahl ein inhaltlicher, strategischer und personeller Neuanfang unabdingbar. Das wird keine leichte Aufgabe. Es ist uns bei vergangenen Wahlen gelungen, Menschen aus sehr unterschiedlichen Lebensumständen und mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen für uns zu gewinnen. Am Sonntag haben wir Wählerinnen und Wähler in unterschiedliche Richtungen verloren: Der größte Teil ist nicht zur Wahl gegangen oder hat sich für die Linkspartei entschieden. Wir haben jedoch auch Wähler an die anderen Parteien verloren. Deshalb gibt es auch keine einfachen Antworten auf diese Wahlniederlage. Es wird nicht genügen, ein paar Positionen zu korrigieren und Köpfe an der Spitze auszutauschen, auch wenn beides notwendig ist.

In Bayern haben wir den Erneuerungsprozess der Partei bereits eingeleitet und werden ihn nun unter schwierigeren Bedingungen weiterführen. Auf den Wahlkreis Konferenzen im Juli und auf anderen Wegen habt Ihr dem Landesvorstand Hunderte von Hinweisen und Anregungen mitgegeben, auf deren Grundlage wir jetzt eine Zukunftsstrategie für die BayernSPD erarbeiten. Wir wollen damit im Frühjahr fertig sein und dann die inhaltlichen, strategischen und organisatorischen Neuerung umsetzen.

Ich danke Euch allen sehr herzlich für die harte Arbeit und die Zeit, die ihr in diesen Bundestagswahlkampf gesteckt habt. An Eurem Einsatz hat es nicht gelegen.

Unsere SPD hat in ihrer 146-jährigen Geschichte immer wieder Rückschläge einstecken müssen. Aber sie hat sich auch immer wieder aufgerappelt und den Kampf von neuem aufgenommen. Einige schreiben nun bereits Nachrufe auf uns. Aber wir wissen: Solange es in unserer Gesellschaft Ungerechtigkeit gibt, solange braucht es auch die Sozialdemokratie. Und deshalb werden wir auch wieder Mehrheiten gewinnen, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit als Partei der sozialen Gerechtigkeit zurückgewinnen. Das wird keine leichte Aufgabe, aber wir sind es den Menschen schuldig, sie mit aller Entschlossenheit anzugehen. Dafür hoffe ich auf Eure Unterstützung.
30.09.2009

Mit solidarischen Grüßen
Florian Pronold

Sozialistenhut 2009

wahrscheinlicher Termin für die Verleihung 2009:

Montag, 30. November 2009,

20.00 Uhr

Leo Wiedemann



Mit Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer gegen Rekordverschuldung in Baden-Württemberg

Das „Forum DL 21 – die Linke in der SPD“ fordert angesichts einer Rekordverschuldung im Landeshaushalt die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer. Allein durch diese bei-

den Maßnahmen kann in Baden-Württemberg das Aufkommen der reinen Landessteuern um 2 Milliarden Euro erhöht werden, von 3,18 Milliarden (2008) auf mindestens 5 Mrd. Euro.

Rekordverschuldung

Die Rekordverschuldung des Landes Baden-Württembergs ist vor dem Hintergrund der grandiosen Steuergeschenke an die Erben und Besitzer großer Vermögen zu sehen, die die Union in der Vergangenheit gewährt hat bzw. mit weiteren Steuersenkungen zusätzlich einräumen will. Für die Jahre 2010/2011 wird im Landeshaushalt Baden-Württemberg mit einem Defizit von 6,8 Milliarden Euro gerechnet. Ein kleiner Teil soll durch Einsparungen ausgeglichen werden: Vorläufig sollen 2010 500 Millionen Euro und 2011 die Summe von 700 Millionen Euro eingespart werden. Wie die restlichen 5,6 Milliarden Euro aufgebracht werden sollen ist völlig offen. Die Lösungsvorschläge der Landesregierung zeugen von großer Ratlosigkeit.

Zur Erbschaftsteuer

Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer brachten dem Land Baden-Württemberg 2008 808.512 Mio. Euro ein. Das entspricht einem Plus von 12,2 Prozent gegenüber 2007 bei den Einnahmen aus Landesteuern. Eine weitere Steigerung der Einnahmen wäre mit einer sachgerechten Reform der Erbschaftsteuer in einer vom Verfassungsgericht eingeforderten korrekten Bewertung der vererbten Immobilien erfolgt. Dies hatte jedoch CDU/CSU verhindert und eine reale Senkung durchgesetzt. Das künftige Aufkommen wurde auf das Einnahmenniveau des Jahres 2004 eingefroren und die in den nächsten Jahren zu erwartenden hohen Zuwächse zugunsten der reichen Erben und zu Lasten des Landes gekappt.

Zur Vermögenssteuer

Im Jahr 1996 wurde die Vermögenssteuer auf Grund eines Bundesverfassungsgerichtsurteils ausgesetzt. Wie später bei der Erbschaftsteuer mahnte das Gericht eine gerechtere, d.h. höhere Bewertung von Immobilien an. Eine Reform der Vermögenssteuer wurde seither nicht in Angriff genommen. So hat diese Aussetzung dem Land in den vergangenen 12 Jahren Milliarden-Verluste beschert, die uns seither z.B. im Bereich Bildung fehlen. Würden die wenigen Superreichen nur ein Prozent Vermögensteuer zahlen, wären fast 1 Milliarde Euro mehr auf der Einnahmenseite des Landeshaushalts – und das Jahr für Jahr.

Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg

Kontakt:

Hilde Mattheis, MdB

Links zu weiteren Themen:

Landtagsfraktion:

Überschuldung von Mittelständlern: Landesregierung muss gegensteuern

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3996>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3781>

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4350_D.PDF

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_5117.html

Weiterbildung stärken: SPD beantragt Einsetzung einer Enquetekommission

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4053>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4038>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4030>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4046>

Rauchwarnmelder: SPD bekräftigt Forderung nach gesetzlicher Einbaupflicht

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4786_D.PDF

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3036>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=2605>

Schienenpersonennahverkehr: Neuer Vertrag muss für mehr Qualität sorgen

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3829>

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4330_D.PDF

Neue Politikbroschüre "Unser Land modern und sozial gerecht gestalten"

Wofür steht die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg? Antworten gibt die aktualisierte Neuauflage des Broschürenklassikers "Unser Land modern und sozial gerecht gestalten". Auf 60 Seiten erhalten Sie einen Überblick über Positionen, Ziele und Forderungen der SPD auf zentralen Feldern der Landespolitik. Hinweise auf Parlamentsanträge und Internettipps runden das mit zahlreichen Bildern aufgelockerte Werk ab. Es kann in der gedruckten Version kostenlos bestellt werden bei Ulrika Plasa (Telefon 0711 2063-728, <mailto:ulrika.plasa@spd.landtag-bw.de>) oder im Internet heruntergeladen werden.

<http://www.spd.landtag-bw.de/cgi-sub/fetch.php?id=346>

<http://fraktion.bawue.spd.de/index.php?outkey=ca4d1ff46e28276fc011d3da46a3aa39>

Hermann Scheer:

[im Interview mit stern.de](#)

Frauen: ASF-Verteiler

Liebe Frauen,

sowohl für die, die da waren, als auch für die, die nicht dabei sein konnten, verweise ich gern auf die Zusammenfassung von des Workshops der FES

"Feminismus im 21. Jahrhundert. Alte Fragen – neue Antworten?" am 27. Juni 2009 in Berlin

verfasst von Urban Überschär. Sie steht im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/06688.pdf>

Freundliche Grüße

Britta Erfmann

Donnerstag, 29. Oktober 2009, 19.15 Uhr
Im Waaghaus St.Gallen

Welche Auswirkungen hat die Einführung von SwissDRG¹ auf unsere Spitäler und die ambulanten Pflegeangebote?

Voraussichtlich 2012 wird die neue Fallkostenpauschale SwissDRG für Spitäler in der Schweiz eingeführt. Bereits heute laufen erste Pilotprojekte. Der Bundesrat hat jüngst weitere Konkretisierung veröffentlicht.

Die Einführung von SwissDRG wird grosse Auswirkungen auf die St. Gallischen Spitäler haben, aber auch auf die Nachsorge durch die ambulanten Angebote - insbesondere der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex) - welche durch die Gemeinden sicherzustellen ist.

An der Veranstaltung wird das Modell SwissDRG vorgestellt, seine politische Verträglichkeit geprüft, über mögliche Auswirkungen auf die Spitäler und die ambulante Versorgung informiert und in der Folge breit diskutiert.

Verschiedene Fragen stellen sich: Wird das Gesundheitswesen damit günstiger? Wie entwickelt sich die Qualität? Werden PatientInnen zu früh nach Hause entlassen? Wer pflegt sie dort? Antworten darauf soll diese Veranstaltung geben.

ReferentInnen

Heidi Hanselmann, Regierungsrätin, Vorsteherin Gesundheitsdepartement
„Politische Verträglichkeitsprüfung“ - Auswirkungen auf die St.Galler Spitäler und Gesundheitspolitik im Kanton St.Gallen

Peter Altherr, Gesundheitsdepartement, Leiter Gesundheitsversorgung
Vorstellung Modell SwissDRG

Agnes Haag, dipl. Pflegefachfrau HF
Sicht der Pflege, kritische Gedanken aus Sicht Pflege und Arbeitnehmendenverbände

Katharina Linsi, Präsidentin SBK, dipl. Pflegefachfrau HF,
im Fachbereich Spitex tätig
Auswirkungen auf die Gemeinden, Herausforderungen für die Spitex-Organisationen
Anschliessend Diskussion und Fragen

¹

SwissDRG: Diagnosis Related Groups (kurz DRG, deutsch Diagnosebezogene Fallgruppen) bezeichnen ein ökonomischmedizinisches

Klassifikationssystem, bei dem Patienten anhand ihrer Diagnosen und der durchgeführten Behandlungen in Fallgruppen klassifiziert werden, die nach dem für die Behandlung erforderlichen ökonomischen Aufwand unterteilt und

bewertet sind. SwissDRG ist die Anpassung auf die Schweiz



Verantwortlich: Ariana Krizko
Parteisekretärin

Gläserne ArbeitnehmerInnen – ausgeforscht und ausgebeutet?

Ob bei der Bahn AG, Telekom oder Lidl – ArbeitnehmerInnen werden beobachtet, gefilmt, ihre Emails werden kontrolliert, Krankendaten erhoben und abgeglichen, sie werden mit unterschiedlichsten Methoden ausgespäht und kontrolliert.

Welche rechtlichen Möglichkeiten haben Betroffene und Betriebsräte, um den Datenschutz im Betrieb umzusetzen? Welcher politische Handlungsbedarf besteht?

Der Konstanzer Fachanwalt für Arbeitsrecht, Michael Wirlitsch, befasst sich bereits seit langem mit dem Thema „Arbeitnehmerdatenschutz“ und wird uns nach einer Einführung in die Problematik auch für Fragen und für die politische Diskussion zur Verfügung stehen.

**Beginn der Veranstaltung am Mittwoch, den 21. Oktober, ist 18 Uhr.
Sie findet statt im IG-Metall-Haus Singen, Schwarzwaldstr. 30.**

Interessierte sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.

Verantwortlicher
Redakteur:
Gottfried Christmann

Jahnstraße 88214 Ravensburg

Telefon 0751 - 36151-10
Telefax 0751 - 36151-17

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/20349
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD:	www.spd.de	
Claus Schmiedel, MdL:	claus.schmiedel@spd.landtag-bw.de	
Nils Schmid, MdL:	buero@nils-schmid.de	
Büro Hilde Mattheis, MdB:	Hilde.Mattheis@bundestag.de	
Kai Bliesener:	Udo.Lutz@de.bosch.com	
Andrea Nahles:	Andrea.Nahles@spd.de	
Europa Aktuell Nr.10/2009:	Gebhardt@europarl.europa.eu	
Norbert Zeller, MdL:	norbert.zeller@spd.landtag-bw.de	
Dietram Hoffmann:	dietram.claudia@t-online.de	
SBI:	www.bodensee-internationale.org	
SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen:	info@sp-sg.ch	
Peter Olibet, Parteisekretär:	kantonalpartei@sp-sg.ch	
Ariana Krizko:	krizko@sp-sg.ch	
Ruedi Blumer, Kantonsrat:	info@sp-sg.ch	
Peter Gubser:	petergubser.arbon@bluewin.ch	
SPÖ-Express:	hubert.loetsch@spoe.at	www.spoe.at
Florian Pronold:	Florian.Pronold@spd.de	
Wolfgang Heinzl,		
Büroleiter Martin Gerster, MdB:	Wolf99maci@aol.com	
Leo Wiedemann:	leo.wiedemann@t-online.de	
Britta Erfmann:	britta.erfmann@spd.de	
DGB Bodensee-Oberschwaben		
Gottfried Christmann:	gottfried.christmann@dgb.de	

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de